



Presseinformation

Nr. 111/2002

Kiel, Donnerstag, 21. März 2002

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Gesundheit/Gesundheitssituation von Migranten

In seinem Redebeitrag zu **TOP 9** (Gesundheitssituation der MigrantInnen in Schleswig-Holstein) sagte der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Ein türkischer Patient wolle Tabletten, keine Psychotherapie – nur eines von vielen Beispielen das symptomatisch ist: Unmut auf beiden Seiten und Defizite in der gesundheitlichen Versorgung ist besonders häufig im sozial-psychiatrischen Hilfesystem.

In der islamischen Tradition und Kultur werden psychische Probleme als Krankheitsform weitgehend tabuisiert. Deutsche Psychiater und Psychotherapeuten können oft nur schwer mit den Patienten kooperieren und ihm die psychiatrische Störung als Erkrankung begreifbar machen.

Um die Therapiekonzepte zu erläutern, sind zum Beispiel Vermittler notwendig, die die jeweilige Sprache sprechen, sich mit der deutschen Gesetzgebung auskennen und auch kulturelle Kompetenz besitzen.

Verständigung scheitert oft bereits an der Sprache. Nach Beschluss der 72. Gesundheitsministerkonferenz von 1999 muss die ärztliche Aufklärung und Beratung auch für Patienten, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, mit der bei deutschsprachigen Personen üblichen Sorgfalt erfolgen – und sichergestellt werden. Das heißt, Ärzte sind verpflichtet, sich davon zu überzeugen, dass der Patient die Information verstanden hat.

Eine zwischen 1996 bis 1999 durchgeführte Untersuchung an der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Charité ergab, dass die Hälfte der Migrantinnen während ihres Klinikaufenthaltes einen Dolmetscher brauchten. Meist übersetzten Ehemänner und andere Familienangehörige oder das Klinikpersonal. Ein professioneller Dolmetscher kam nur in zwei Prozent der Fälle zum Einsatz. Durch diese Art der Vermittlung leidet das Verständnis der medizinischen Aufklärung ganz erheblich – zu Lasten der Patientinnen.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Christel Happach-Kasan, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Dr. Heiner Garg, MdL

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

Mehr professionelle Dolmetscher mit entsprechenden psychologischen, medizinischen und sozialen Kompetenzen, mehrsprachige Informationsmaterialien sowie mehr Personal mit entsprechenden Sprachkompetenzen lauten hier die zentralen Forderungen, um eine Gleichbehandlung mit deutschen Patientinnen sicherzustellen.

Hier zeigt sich wie komplex das mit der Großen Anfrage angerissene Problem tatsächlich ist.

Die Antwort der Landesregierung macht wiederum deutlich, wie sehr wir am Anfang stehen – zumindest wenn es um die Verfügbarkeit aussagefähiger Daten geht. Trotz dieses – von der Landesregierung selbst eingeräumten Problems – wird eines deutlich

die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage zur Gesundheitssituation von Migrantinnen und Migranten zeigen insgesamt vier Problemfelder auf:

1. Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffes Migrantin oder Migrant – und deshalb auch keine einheitliche Datenlage zum Thema Migration und Gesundheit;

Besonders problematisch dürfte die Situation sein,

- bei Migranten deren soziokultureller und sprachlicher Hintergrund sich deutlich von der deutschen Kultur unterscheiden,

- bei Migranten mit einem fehlenden, einem unregelmäßigen oder einem eingeschränkten Aufenthaltsstatus einschließlich minderjähriger Migranten, die sich alleine in Deutschland aufhalten, bei Migranten, die wegen dunkler Hautfarbe oder soziokulturellen Hintergrunds von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit besonders betroffen sind.

2. Über bestimmte Lebenshintergründe – insbesondere den sozial-kulturellen und den religiösen – wird zu leicht hinweggesehen oder sie werden einfach ignoriert;

3. Bestehende Angebote werden von Migrantinnen und Migranten oftmals aus Uninformiertheit nicht genutzt, und

4. die Fachkräfte im Gesundheitswesen können ihr Wissen im Bezug auf Besonderheiten nicht immer optimal einsetzen und in der Praxis umsetzen.

In der Großen Anfrage werden zwar viele Detailfragen gestellt, die diese vier genannten Punkte mal mehr, mal weniger deutlich werden lassen.

Gar nicht angesprochen wird leider die Problematik älterer Migranten. Neben den eben genannten besonderen Problemgruppen stellt diese immer größer werdende Gruppe uns vor weitere ganz besondere Herausforderungen an die medizinische Vorsorge und Versorgung aber auch an die Versorgung mit pflegerischen Leistungen im ambulanten wie stationären Sektor.

Auch ein Blick auf die besondere Problematik von Abhängigkeit und Sucht bei Migranten wäre unserer Auffassung nach erforderlich gewesen für eine erste Bestandsaufnahme. Denn als Versuch einer solchen habe ich die Große Anfrage jedenfalls verstanden. In diesem Fall kann die von uns selbstverständlich ebenfalls gewünschte Ausschussberatung also nur der Anfang einer umfangreichen Auseinandersetzung mit dem Thema sein.

Ein Artikel im Deutschen Ärzteblatt, der das Aufeinanderprallen vollkommen unterschiedlicher Auffassungen darüber, was unter Gesundheit zu verstehen ist, hat mir besonders gut gefallen: **Türken haben Kultur, Deutsche eine Psyche** (Deutsches Ärzteblatt 97, Heft 8 vom 25.02.00, Seite A-430).“